



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 10.10.2023**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	17:03 Uhr bis 19:59 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Claudia Schmidt
Hendrik Lange
Stefanie Mackies
Guido Haak

Dr. Inés Brock-Harder

Melanie Ranft
Carsten Heym
Dr. Silke Burkert
Torsten Schaper

Dr.med. Detlef Wend

Andreas Hemming
Cordula Henke

Friedrich Lembergt
André Scherer
Andreas Slowig
Paulin Amler
Jan Riedel

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Vertretung für Frau Dr. Wünscher
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Teilnahme 17:17 - 19:53 Uhr
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale)
Teilnahme bis 18:21 Uhr
Fraktion MitBürger
Teilnahme 17:24 - 19:10 Uhr
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Teilnahme bis 19:09 Uhr
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow
Alexander Frolow
Martin Heinz
Christian Hiepe
Petra Quilitzsch
Andreas Fritsch

Annika Seidel-Jähniß

Lisa Leluk

Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiter Fachbereich Bildung
Leiter Fachbereich Immobilien
Abteilungsleiter Abteilung Schule
Abteilungsleiterin Verwaltung und Finanzen
Abteilungsleiter ASD – Sozialpädagogische
Leistungen
Referentin Geschäftsbereich Bildung und
Soziales
stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Andreas Klövekorn
Corina Kups

Architekt
Schulleiterin der Grundschule Rosa
Luxemburg

Entschuldigt fehlten:

Dr. Ulrike Wünscher
Andreas Schachtschneider
Grit Michelmann
Jasmin Scholtbach

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Hauptsache Halle
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Bildungsausschusses wurde von der Vorsitzenden, **Frau Schmidt**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Schmidt gab bekannt, dass keine Punkte von der Tagesordnung zu nehmen oder auf die Tagesordnung zu setzen sind.

Zusätzlich sagte sie, dass zu TOP 5.3 Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" - Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale) unter 5.3.1 ein Änderungsantrag der FDP vorliegt. Sie bat ebenso darum, den TOP 5.3 noch vor 5.1 zu behandeln.

Da es keine Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
5. Beschlussvorlagen
- 5.3 Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" - Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05918
- 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" - Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/06257
- 5.1 Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2024 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2024 sowie den Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: VII/2023/06097
- 5.2 Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan Schulsozialarbeit für die Schuljahre 2024/25 - 2027/28
Vorlage: VII/2023/05987

- 5.4. Änderung des Baubeschlusses zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Grundschule „Am Ludwigsfeld“, Wörmitzer Straße 93, 06110 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2023/06142
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines 9-Euro - Tickets für Hallesche Schülerinnen und Schüler
Vorlage: VII/2023/05680
 - 6.2. Antrag der Fraktion der Freien Demokraten zum Schutz hallescher Schülerinnen und Schüler vor Diebstahl und Gewalt
Vorlage: VII/2023/06197
- 7. Mitteilungen
- 8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zu Sicherheitsbedenken auf dem Schulweg zur SK Reil

Fragesteller 1 fragte, welche Maßnahmen die Stadt Halle vornimmt, um die Sicherheit der Schüler auf dem Schulweg langfristig zu gewährleisten.

Frau Brederlow sagte, dass dazu am 02.10.2023 ein Treffen mit den Ministerien Sachsen-Anhalt stattfand inkl. Folgeberatung am 10.10.2023. Sie sagte, dass die Polizei und das Ordnungsamt ihre Kräfte stark aufgestockt haben, um die Schulwege zu sichern. Zusätzlich sagte sie, dass Informationsveranstaltungen bzw. Trainings an den Schulen geplant sind und dass Partnerschaften zwischen Polizei und Schulen angestrebt werden.

zu 3.2 Fragesteller 2 zur Unterrichtsversorgung an der SK Reil

Fragesteller 2 fragte, nach langfristigen Lösungen hinsichtlich der Steigerung der Unterrichtsversorgung an der Sekundarschule Reil. Zusätzlich fragte Fragesteller 2 nach der Schulsozialarbeit an der Schule.

Frau Brederlow sagte, dass die Stadt ständig wegen der unzureichenden Lehrerversorgung und der Weiterführung der Schulsozialarbeit mit dem Land im Gespräch ist.

zu 3.3 Fragesteller 3 zur Unterrichtsversorgung an der SK Reil

Fragesteller 3 sagte, dass die Unterrichtsversorgung an Schulen in Halle lt. MZ-Artikel bei 102,5 % liegt, an der Sekundarschule Reilschule jedoch nur bei 89,4 %. Sie fragte nach der Möglichkeit der Abordnung von Lehrern aus anderen Schulen an die Reilschule.

Frau Brederlow sagte, dass die Abdeckung von 102,5 % alle Schulformen in Halle betreffe und dass Lehrerabordnungen Sache des Landes Sachsen-Anhalt sind. Sie sagte auch, dass es am 07.11.2023 eine Gesamtkonferenz an der Reilschule gibt und lud Fragesteller 3 ein, daran teilzunehmen.

Herr Lange schlug vor, dass Fragesteller 3 eine Petition in den Landtag einreichen kann.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Es gab keine Einwände.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" - Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale)

Vorlage: VII/2023/05918

zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" - Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale)

Vorlage: VII/2023/06257

Da es keine Einwände gab, erteilte **Frau Schmidt** das Rederecht für Frau Kups und Herrn Klövekorn.

Herr Klövekorn und **Frau Kups** führten in die Vorlage ein, mithilfe einer Präsentation.

Herr Schaper führt in den Änderungsantrag ein.

Frau Kups sagte, dass die Variante 2 mit Teilabbruch aus pädagogischer Sicht die stimmigste ist.

Frau Schultze sagte, dass die Variante 2 nach neuesten energetischen Erkenntnissen gebaut wird.

Herr Scherer fragte, warum eine Teilunterkellerung bei Variante 3 eingeplant wurde.

Herr Klövekorn sagte, dass sich der Fußabdruck des Gebäudes vergrößern würde, ohne Teilunterkellerung.

Herr Scherer fragte nach dem Kostenverhältnis zwischen Kellerräumen und Räumen an der Oberfläche.

Herr Klövekorn sagte, dass Kellerräume günstiger zu bauen sind, als Räume an der Oberfläche.

Herr Lange sagte, dass eine Lösung gefunden werden muss, die auch im Falle von Hochwasser geeignet ist. Zusätzlich sagte er, dass Folgekosten durch Nachträge vermieden werden sollten durch bessere Recherche und Vorbereitung im Vorhinein. Er fragte nach möglichen Überraschungen beim Bau.

Herr Klövekorn sagte, dass bei allen drei Varianten eine Schadstoffsanierung geplant und im Preis inkludiert ist, sodass in jedem Fall Schadstoffe zurückgebaut werden müssen. Er sagte auch, dass der Keller in allen Varianten so geplant ist, dass kein Wasser eintritt im Hochwasserfall.

Frau Schultze sagte, dass eventuelle Aluminium-Leitungen bei der Grundschule auch zurückgebaut werden würden.

Frau Dr. Burkert fragte, inwieweit eine Verflechtung zwischen Hort und Schule mit der Variante 2 möglich ist. Sie fragte auch nach neuen Erkenntnissen hinsichtlich von Förderprogrammen, die Variante 2 zusätzlich stützen könnten.

Frau Kups sagte, dass der Grundschule „Rosa Luxemburg“ die Horte „Goldener Gockel“ und „Onkel Uhu“ zugeordnet sind. Sie sagte auch, dass der benachbarte Hort „Onkel Uhu“ aktuell ein neues Hortgelände erhält, zudem man eine Schleuse bauen könnte.

Frau Brederlow sagte, dass die Landesregierung noch keine neuen Förderprogramme auf den Weg gebracht hat.

Frau Ranft sagte, dass man auch mit einem Teilabriss ein positives Zeichen für Halle-Neustadt setzen kann.

Herr Heym sagte, dass im Kern alle Stadträte das gleiche Ziel haben – eine Variante ohne zu viele Unwägbarkeiten zu beschließen. Er fragte nach den Hintergründen für das positive Plädoyer der Schulleitung zu dem Teilabriss, obwohl auch ein Neubau zur Debatte steht.

Herr Klövekorn sagte, dass es ein Raumprogramm erarbeitet wurde, welches ein hohes pädagogisches Niveau mitbringt. Er sagte auch, dass die Umsetzung dieses Programmes bei einem Neubau einen höheren finanziellen Aufwand bedeutet hätte, als beim Teilabriss.

Herr Riedel fragte in Bezug auf das Ganztagschulen-Konzept der Landesregierung nach der Zusammenarbeit zwischen der Schule „Rosa Luxemburg“ und den Horten.

Frau Kups sagte, dass sie schon Erfahrungen in der Johannesgrundschule gesammelt hat. Sie sagte, dass dort der Eigenbetrieb des Hortes mit involviert war, was eine Doppelnutzung

von Räumen zur Folge hatte. Zusätzlich sagte sie, dass es dadurch zu Unstimmigkeiten kam.

Herr Riedel fragte nach den Hortplätzen im Hort „Onkel Uhu“.

Frau Erfurth sagte, dass beim Hort „Onkel Uhu“ insgesamt 100 neue Hortplätze ans Netz gehen für die Grundschule „Rosa Luxemburg“. Sie sagte auch, dass eine aktuelle Bedarfsabfrage bei den Eltern ergeben hat, dass 85 einen Hortplatz in Anspruch nehmen möchten und somit die Kapazitäten ausreichend sind.

Herr Scherer fragte nach der Anzahl der Kinder für die Schule in den nächsten 10 Jahren. Er fragte auch, ob ausschließlich Schüler der Grundschule „Rosa Luxemburg“ den Hort nutzen können.

Frau Brederlow sagte, dass von einer gleichbleibenden Anzahl an Kindern in den nächsten 10 Jahren auszugehen ist. Sie sagte auch, dass der Hort „Onkel Uhu“ auch von Schülern der 1. Kreativitätsschule besucht wird.

Herr Scherer sagte, dass es ihm wichtig ist, dass wirklich alle Schüler der Grundschule „Rosa Luxemburg“ die Möglichkeit haben, den Hort „Onkel Uhu“ zu nutzen. Er sagte, dass er dann Konfliktpotenzial sieht, wenn auch eine zweite Schule diesem Hort zugeordnet ist und deswegen Schüler der Grundschule „Rosa Luxemburg“ in einen anderen Hort müssen.

Frau Brederlow sagte, dass aktuell Schüler der Grundschule „Rosa Luxemburg“ auch den Hort „Goldener Gockel“ mit besuchen. Sie sagte auch, dass dieser Hort verlagert werden soll in das Gebäude, wo die Schule gerade drin ist.

Frau Kups sagte, dass der Hort „Onkel Uhu“ aktuell mit 150 Plätzen plant, wobei 50 für die kleineren Kinder gedacht sind.

Frau Erfurth sagte, dass neben den 150 Plätzen für den Hort „Onkel Uhu“ noch 70 Hort-Plätze für die Schüler der Grundschule „Rosa Luxemburg“ in der Einrichtung der AWO „Goldener Gockel“ bereitstehen.

Herr Scherer fragte, ob es nicht sinnvoller wäre, diese 70 Hort-Plätze in dem Schulbau der Grundschule „Rosa Luxemburg“ zu integrieren.

Frau Amler fragte nach dem Grad der Barrierefreiheit im Vergleich zwischen Variante 2 und Neubau.

Frau Kups sagte, dass es keine Unterschiede hinsichtlich der Barrierefreiheit zwischen den beiden Varianten gibt.

Frau Schmidt fragte konkret nach den zukünftigen Hortplätzen.

Frau Erfurth sagte, dass es 300 Schüler an der Schule gibt und 190 davon den Hort besuchen.

Frau Schmidt fragte nach der Möglichkeit eines Ganztagsangebotes auf dem Campus für die 190 Hort-Kinder, sobald das Hortgebäude wiedereröffnet ist.

Frau Erfurth sagte, dass es 150 Hort-Plätze beim neu gebauten Hort „Onkel Uhu“ gibt, welcher im Dezember 2023 neu eröffnet wird. Sie sagte auch, dass es zusätzlich 70 Plätze in der Einrichtung „Goldener Gockel“ gibt und somit der Bedarf für die nächsten Jahre mehr als gedeckt ist.

Frau Schmidt fragte, ob der Hort „Goldener Gockel“ nach dem Umbau der Grundschule „Rosa Luxemburg“ noch Bestand hat und wie weit die beiden Institutionen voneinander entfernt sind.

Frau Erfurth sagte, dass sich der Hort „Goldener Gockel“, der Hort „Onkel Uhu“ und die Grundschule „Rosa Luxemburg“ alle in einem Umfeld von 100 m voneinander befinden. Sie sagte auch, dass der Hort „Goldener Gockel“ Bestand haben wird, es nur eventuell einen Umzug in das alte Gebäude der Grundschule „Rosa Luxemburg“ geben wird.

zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" - Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/06257

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Variante ~~2 – Teilabbruch, Sanierung Bestand und Ergänzungsneubau~~ **3 - Gesamtabbruch und Neubau Schulgebäude** für den künftigen Schulstandort der Grundschule „Rosa Luxemburg“ in der Trakehnerstraße 1 als Vorzugsvariante i.H.v. ~~18.100.000,00~~ **20.000.000,00** € (brutto) und beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis mit der weiteren Planung.

zu 5.1 Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" - Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05918

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt nach Änderungen**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Variante 2 - Teilabbruch, Sanierung Bestand und Ergänzungsneubau für den künftigen Schulstandort der Grundschule „Rosa Luxemburg“ in der Trakehnerstraße 1 als Vorzugsvariante i.H.v. 18.100.000,00 € (brutto) und beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis mit der weiteren Planung.

Der Stadtrat beschließt die Variante ~~2 – Teilabbruch, Sanierung Bestand und Ergänzungsneubau~~ **3 - Gesamtabbruch und Neubau Schulgebäude** für den künftigen Schulstandort der Grundschule „Rosa Luxemburg“ in der Trakehnerstraße 1 als Vorzugsvariante i.H.v. ~~18.100.000,00~~ **20.000.000,00** € (brutto) und beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis mit der weiteren Planung.

zu 5.2 Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2024 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2024 sowie den Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: VII/2023/06097

Frau Quilitzsch führt mithilfe einer Präsentation in die Vorlage ein.

Herr Slowig fragte, nach den vakanten Stellen im Bereich Sekretariat in den Schulen und den Hintergründen dazu.

Herr Hiepe sagte, dass es einige Stellen aufgrund der Befristung nicht besetzt werden konnten.

Herr Slowig fragte nach der 150 €-Grenze.

Frau Quilitzsch sagte, dass die Verwaltung diese Grenze auch für nicht mehr zeitgemäß hält, jedoch die kommunale Haushaltsordnung vom Land Sachsen-Anhalt nichts Anderes zulässt.

Herr Lange sagte, dass dieses Thema mit in den Landtag für das Haushaltsbegleitgesetz nimmt.

Er fragte nach der Möglichkeit der Stadtverwaltung, die Bedarfe, die über dieser Grenze liegen, so schnell zu bearbeiten, dass die Anschaffungen aus dem Schulbudget erfolgen können.

Er fragte auch nach der Erhöhung des Schulbudgets als Inflationsausgleich.

Zusätzlich fragte er, warum die 50.000 € für das Schulumweltzentrum zum Jahresanfang noch nicht geflossen sind.

Frau Quilitzsch sagte, dass es zwei verschiedene Haushaltsfinanzierungsformen gibt.

Sie sagte, dass wenn ein Gegenstand angeschafft wird, der über 150 € kostet, dann trifft das den investiven Haushalt, der anders finanziert wird, als der laufende Aufwand.

Sie sagte, dass trotz Haushaltssperre den Schulen 100 % ihrer Mittel zur Verfügung stehen. Zur letzten Frage sagte sie eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Dr. Burkert fragte nach der Möglichkeit, die Beförderungsgrenzen von Schülern herunterzusetzen, gerade auch in Anbetracht der grassierenden Jugendkriminalität.

Frau Brederlow sagte, dass die Schülerbeförderungssatzung für diesen Vorschlag geändert werden müsste und verwies die Thematik auf TOP 6.1

Herr Lange fragte, nach der zeitlichen Realisierung der geplanten Investitionen.

Herr Heinz sagte, dass es in diesem Haushalt keine Projekte gibt, die zeitlich nicht machbar sind.

Frau Ranft fragte nach der 4. Sekundarschule und warum diese nicht im Haushalt auftaucht.

Sie fragte auch, warum im Haushalt die 4. IGS erst in 2027 auftaucht.

Zusätzlich fragte sie nach den Aufgaben vom neuen Rechenzentrum Schulen.

Frau Brederlow sagte, dass der Baubeschluss für die 4. Sekundarschule noch gar nicht gefasst ist und sie deswegen noch nicht im Haushalt auftaucht. Sie sagte auch, dass das gleiche für die Schule im Grasnelkenweg gilt.

Herr Heinz sagte, dass das Rechenzentrum Teil der IT an Schulen ist und von ITC betreut werden wird. Er sagte auch, dass die Investitionskosten der nächsten Jahre und die aufwachsenden Betreuungskosten der ITC alle bereits inkludiert sind.

Frau Schultze sagte, dass die Backups, die technische Betreuung der Einzelgeräte, die Lagerung der Daten in dem Rechenzentrum erfolgen wird

Sie sagte, dass ein Rechenzentrum erstellt werden soll, wo das gesamte Schulverwaltungsnetz, die Lehrer- und Schülernetze zentral verwaltet werden.

Sie sagte auch, dass es schon ein Rechenzentrum für die Schulen gibt, dieses aber nicht genug Kapazität hat, um die zusätzlichen Geräte, die während Digitalpakt und IKT-Förderung angeschafft wurden, für alle Schulen abzubilden.

Herr Lemberg regte an, Rechenzentren mit dem Saalekreis zusammenzulegen, um Ressourcen zu bündeln, ähnlich wie es bereits auf Hochschulebene passiert.

Frau Brock-Harder fragte, warum bei den Sekundarschulen Sachausgaben zurückgesetzt wurden, obwohl es nach den Kennzahlen mehr Schüler gibt.

Frau Quilitzsch sagte eine nachträgliche Beantwortung zu.

Frau Brock-Harder fragte, warum der Erweiterungsbau der Grundschule Dölau bereits im Haushalt auftaucht, obwohl es noch keinen Baubeschluss dazu gibt.

Frau Brederlow sagte, dass die Schule bereits existiert und sie deswegen auch im Haushalt auftaucht.

Frau Brock-Harder fragte nach der Jahresscheibe 2024 für die Sekundarschule Halle-Süd.

Frau Schultze sagte, dass es bei der Sekundarschule Halle-Süd für das Modulgebäude eine Jahresscheibe in 2024 gibt. Sie sagte auch, dass bis zur Öffnung der neuen Sekundarschule ca. 10 zusätzliche Unterrichtsräume als Containeranlage gebraucht werden. Sie fügte hinzu, dass mit dem Beschluss des Haushaltes, die Stadtverwaltung in die Planung gehen wird und die Anlage zum Schuljahr 2025/26 aufgestellt wird.

Herr Dr. Wend fragte nach der Aufstellung im Haushalt zum Campus Kastanienallee.

Frau Brederlow sagte, dass die 11 Millionen Euro die Summe ist, die für den Bau des Campus benötigt werden würden. Sie sagte, dass lediglich die Fördermittel aus der 1. Förderperiode bis 2027 fehlen. Zusätzlich sagte sie, dass geplant ist, dass die Stadt auch in der 2. Förderperiode eine Summe erhält.

Frau Schultze sagte, dass zwei Positionen gibt: den Campus und die Schulerweiterung für das Gymnasium.

Frau Brederlow bat um Zusendung der Fragen mittels der im Session zu findenden Excel-Tabelle bis 20.10.2023

Abstimmungsergebnis:**vertagt****Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2024. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2024 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2024 mit dem Haushaltsplan 2024.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2022 zur Kenntnis.

**zu 5.3 Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan Schulsozialarbeit für
die Schuljahre 2024/25 - 2027/28
Vorlage: VII/2023/05987**

Frau Goy führt in die Vorlage ein.

Frau Dr. Burkert fragte nach den Stellen an der IGS „Am Planetarium“ und dem Giebichensteingymnasium. Sie sagte, dass man nach der Bewerbung am ESF-Programm und anschließender Ablehnung nur ganz wenig Zeit hat, um einen Antrag für die Stadt zu stellen für einen Schulsozialarbeiter. Sie fragte, wie die Schulen da am besten vorgehen sollen. Zusätzlich sagte sie, dass ein Schulsozialarbeiter am Giebichensteingymnasium sehr vonnöten ist, aufgrund der erhöhten Jugendkriminalität auf dem Schulweg.

Frau Goy sagte, dass die IGS „Am Planetarium“ und das Giebichensteingymnasium in der Bewertung des sozialräumlichen und schulischen Faktors die gleiche Punktzahl erhalten haben und sich deswegen eine Stelle teilen. Sie sagte, dass hier dann die Bewertung der Konzepte entscheidet, sofern ein Antrag für eine Ersatzfinanzierung durch den Fachbereich Bildung erfolgt.

Zusätzlich sagte sie, dass die Anträge für die ESF-finanzierte Schulsozialarbeit bis zum 31.10.2023 gestellt werden müssen; die Anträge für eine Ersatzfinanzierung beim Fachbereich Bildung bis zum 30.11.2023. Sie sagte, dass bis zum 30.11.2023 noch keine Entscheidung hinsichtlich des ESF-Programmes zu erwarten ist, dementsprechend ist das gleichzeitig Stellen der Anträge unumgänglich. Ebenso sagte sie, dass alle Träger bereits im Mai über diese Termine informiert wurden, sodass es zu keinem Fristverzug kommen sollte.

Herr Slowig sagte, dass die Formulare für beide Anträge sehr umständlich gestaltet sind.

Frau Brederlow sagte, dass Herr Frolow diese Anmerkung mitnehmen wird. Sie sagte auch, dass die Planung auf Basis der Stellen ist, die die Stadtverwaltung aktuell hat und unter der Voraussetzung, dass das Land so verfährt, wie es in der Förderrichtlinie steht.

Herr Hemming fragte zum schulischen Faktor „Schüler ohne mindestens Hauptschulabschluss“. Er sagte, dass er nicht versteht, welche Auswirkungen das hat und welche Ziele man mit diesem Faktor verfolgt.

Frau Goy sagte, dass die Schulsozialarbeit eine Leistung ist, die grundsätzlich bestimmten Zielgruppen vorrangig zur Verfügung gestellt werden muss – das sind sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Kinder und Jugendliche. Sie sagte, dass das auf Personen ohne Schulabschluss zutrifft. Deswegen schaue man besonders auf Schulen, wo die Zahl dieser Personen sehr hoch ist.

Frau Brederlow sagte, dass der Ausgangspunkt der Schulsozialarbeit ist, den Schulerfolg zu sichern. Sie sagte auch, dass deswegen auf die Zahlen der Abschlüsse an den einzelnen Schulen geschaut wird.

Herr Scherer fragte nach dem Einzugsbereich der Grundschule „Am Ludwigsfeld“.

Frau Goy sagte, dass die aufgeführten Stadtteile von den Schulleitungen benannt worden sind. Sie sagte auch, dass es natürlich einen Schuleinzugsbereich gibt, aber dass Eltern entsprechende Anträge beim Landesschulamt auf Umbesetzung gestellt haben

Herr Scherer fragte nach der Quantität dieser Umbesetzungen.

Frau Goy sagte, dass bei den Schulen nur die drei häufigsten Schulbezirke abgefragt wurden.

Herr Scherer fragte, inwiefern sich das auf die Bewertung des sozialräumlichen und schulischen Faktors auswirkt.

Frau Goy sagte, dass nicht die genaue Anzahl der Schüler je nach Stadtteil abgefragt wurde und demnach auch keine Prozente gebildet werden können. Sie sagte auch, dass Vergleiche hier zwischen den Schulen nicht möglich sind, sondern nur die drei genannten Stadtteile in diese Bewertung einfließen.

Frau Schmidt fragte anhand eines konkreten Beispiels zu dieser Thematik.

Frau Goy sagte, dass lediglich die drei häufigsten Stadtteile abgefragt werden und dass die Jugendhilfeplanung keine persönlichen Daten der Schüler vorliegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die in der Anlage vorgelegte Teilplanung für die Leistung Schulsozialarbeit für die Schuljahre 2024/25 bis 2027/28 für die Stadt Halle (Saale). Dies betrifft den Zeitraum vom 01.08.2024 bis 31.07.2028.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Teilplanung dargestellten Schulsozialarbeitsprojekte umzusetzen. Für einzelne Schulsozialarbeitsprojekte, die der Konkretisierung bedürfen, sind den zuständigen Gremien gesonderte Beschlussvorlagen einzureichen.

- zu 5.4 **Änderung des Baubeschlusses zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Grundschule „Am Ludwigsfeld“, Wörmitzer Straße 93, 06110 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“**
Vorlage: VII/2023/06142

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses vom 19.01.2023 (VII/2022/05008) Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Grundschule „Am Ludwigsfeld“, Wörmitzer Straße 93, 06110 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ mit einem erhöhten Kostenrahmen in einem Gesamtwertumfang von 1.985.300 Euro.
2. Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses zu 1., eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2023 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101080.700 Projekt: Grundschule „Am Ludwigsfeld“ (Digitalpakt-PPP); HHPL Seiten 1002, 1247, 1273

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 156.700 Euro

Die Deckung erfolgt aus folgender Maßnahme:

8.21101088.700 Grundschule „Karl-Friedrich-Friesen“ (mit DP); HHPL Seiten 1009, 1247

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 156.700 Euro

3. Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses zu 1., eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2023 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101080.700 Projekt: Grundschule „Am Ludwigsfeld“ (Digitalpakt-PPP); HHPL Seiten 1002, 1247, 1273

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 553.900 Euro

Die Deckung erfolgt aus folgender Maßnahme:

8.42401028.700 Sportkomplex Robert-Koch-Straße, Ersatzneubau Laufhalle; HHPL
Seiten 854, 1258, 1276

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 553.900 Euro

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines 9-Euro -Tickets für Hallesche Schülerinnen und Schüler Vorlage: VII/2023/05680

Herr Lange sagte, dass in den Haushaltsdebatten geschaut werden muss, wie das 9-Euro-Ticket finanziert werden kann. Er sagte auch, dass es eine fachliche Beurteilung braucht und dass das eine gute Möglichkeit wäre, jungen Menschen Mobilität zu ermöglichen.

Frau Ranft sagte, dass der Jugendhilfeausschuss diese Vorlage vertagt hat und sie deshalb nicht versteht, warum das im Bildungsausschuss passieren soll. Sie sagte auch, dass dafür mehr Vorbereitung notwendig ist. Sie stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Einführung eines ~~ÖPNV-Tickets~~ **9- Euro-Tickets** für Hallesche Schülerinnen und Schüler zum 1.02.2024.
2. Anspruchsberechtigt sind unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnanschrift und Schule gemäß §71 (2) und 4 (a) des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.08.2018 alle Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen vom 1. bis zum 13. Schuljahrgang sowie Berufsschülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvergütung, die ihren Wohnsitz in Halle (Saale) haben und eine Schule in Halle (Saale) besuchen. Anspruchsberechtigt sind auch Kinder bis 18 Jahren, die ihren Wohnsitz in der Stadt Halle (Saale) haben, über kein eigenes Einkommen verfügen und begründet keine Schule besuchen sowie Hallenser Schülerinnen und Schüler, die auf Grund einer körperlichen und / oder geistigen Behinderung im freigestellten Schülerverkehr (Schülerspezialverkehr) zur Schule befördert werden.
3. Schülerinnen und Schüler, die gemäß § 71(2) SchulG LSA in Verbindung mit der „Satzung über die Schülerbeförderung der Stadt Halle“ Anspruch auf eine Schülerjahreskarte haben, erhalten das ~~ÖPNV-Ticket~~ **9-Euro-Ticket** für Hallesche Schülerinnen und Schüler kostenfrei.

4. Alle übrigen anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler können das Ticket im Jahres-Abo für 9 EUR pro Monat erwerben.
5. Die Stadtverwaltung verhandelt mit der HAVAG den Preis zur Einführung eines solchen Tickets. Die Kosten werden in den Haushaltsentwurf 2024 eingestellt. Grundlage kann dafür das Modell des ~~ÖPNV-Tickets~~ **9-Euro-Ticket** für Schülerinnen und Schüler in Magdeburg sein.

zu 6.2 Antrag der Fraktion der Freien Demokraten zum Schutz hallescher Schülerinnen und Schüler vor Diebstahl und Gewalt
Vorlage: VII/2023/06197

Da Herr Schaper sich zu dem Zeitpunkt im Planungsausschuss befand, stellte Herr Lange einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, vor Schulen, an denen es in den letzten 6 Monaten vermehrt zu Raub- und Gewaltdelikten gekommen ist, Sicherheitsdienste abzustellen. Diese sollen vorrangig zu Schulschluss vor der jeweiligen Schule und im nahen Umfeld kontrollieren und Überfälle abwehren.

Es ist zu prüfen, inwieweit bestehende Verträge mit Sicherheitsfirmen angepasst werden können oder eine zeitliche Umsetzung des Personals erfolgen kann.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Berichterstattung zum Umsetzungsstand Präventionskonzept, Bildungskonzept, Jugendhilfeteilplanung
Vorlage: VII/2023/06309

Frau Seidel-Jähnig führte anhand des Berichtes kurz in die Thematik ein.

Frau Brock-Harder fragte, warum lt. Bericht die Entwicklung eines kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligungskonzeptes keine Umsetzung aufgrund von personellen Ressourcen erfährt, obwohl im Stadtrat anderes von Seiten der Verwaltung gesagt wurde.

Frau Brederlow sagte, dass der Bericht im Juli 2023 angefertigt wurde und die Aussagen in der Stadtratssitzung aktueller waren.

Frau Schmidt fragte, wann das Frühwarnsystem Schulabsentismus fertiggestellt wird.

Frau Goy sagte, dass das System aktuell von der Arbeitsgemeinschaft – Jugendarbeit erarbeitet wird. Sie sagte auch, dass sobald Ergebnisse vorliegen, diese in den Fachausschüssen vorgestellt werden.

Frau Schmidt fragte nach einem Zeitplan.

Frau Goy sagte, dass sie zuversichtlich ist im nächsten Jahr in den Ausschüssen vorstellig zu werden.

Herr Scherer fragte zum Stand der Einbeziehung des Stadtschülerrates im Beirat für Berufsorientierung.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.2 Bericht Schule in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Bildung - Jugendamt - Vorlage: VII/2023/06358

Herr Fritsch führte in die Vorlage anhand einer Präsentation ein.

Herr Scherer sagte, dass er zum Thema Einstiegsschwelle zwei Fragen hat.

Er fragte, ob nach diesem Konzept Lehrer dazu angehalten sind, zu schauen, ob bspw. alle Schüler Mittagessen haben

Herr Fritsch sagte, dass es im Gesetz zur Kommunikation und Information im Kinderschutz, § 4 den sog. Berufsgeheimnisträger (z.B. Polizei, Sozialarbeiter, Lehrer) gibt, die zusammenarbeiten sollen. Er sagte auch, dass es da um komplexere Zusammenhänge gibt, die Kindeswohlgefährdung vermuten lassen und nicht unbedingt um ein fehlendes Mittagessen. Zusätzlich sagte er, dass Lehrer im Zweifelsfall sich an eine entsprechende Fachkraft aus dem Fachbereich Bildung wenden können, um Dinge besser zu evaluieren

Herr Scherer sagte, dass er einen dauerhaften Zustand meint.

Herr Fritsch sagte, dass man von fehlendem Mittagessen nicht gleich von Kindeswohlgefährdung ausmachen kann. Er sagte auch, dass wenn es Begleitumstände gibt (z.B. starker Hunger oder Heißhunger), dann kann man auf der Basis eine Gefährdungsmeldung machen.

Frau Dr. Burkert sagte, dass von der Polizei die Zahlen zur Jugendkriminalität bis August 2023 vorliegen. Sie fragte nach den Fällen, die beim Jugendamt angekommen sind und ob im nächsten Jahr mehr finanzielle Mittel benötigt werden.

Sie fragte auch, ob die Zusammenarbeit mit der Polizei gut funktioniert.

Zusätzlich fragte Sie, ob die Sprachbarriere bei Eltern ein Problem in der Arbeit beim Jugendamt ist, bzw. wie es angegangen wird.

Herr Fritsch sagte, dass seine Abteilung eng mit der Polizei zusammenarbeitet, aber jeder in seinem Wirkungskreis. Er sagte, dass die Polizei die Strafverfolgungsbehörde ist. Seine Abteilung wird tätig, wenn es um Hilfesettings und Unterstützungssysteme für Eltern geht, die das auch wollen. Er sagt, dass seine Abteilung eingreifen kann, wenn erkennbar ist, dass die Eltern nicht Willens oder in der Lage sind, eine Kindeswohlgefährdung abzuwenden.

Zur Statistik sagte er, dass die meisten Daten erst gemessen werden, wenn die jeweilige Maßnahme oder Hilfe zu Ende ist und deshalb eine Quantifizierung im Sinne der Jugendkriminalität jetzt noch nicht möglich ist.

Frau Ranft fragte, ob es Mehrfach-Straftäter gibt, die dem Jugendamt nicht bekannt sind.

Herr Fritsch sagte, dass das korrekt ist. Er sagte auch, dass sich die Arbeit im Fachbereich Bildung an den gesetzlichen Aufgaben orientiert, die im Kinder und Jugendstärkungsgesetz stehen.

Zusätzlich sagte er, dass es für die strafmündigen Kinder und Jugendlichen das Jugendgerichtsgesetz existiert.

Frau Brederlow sagte, dass der FB Bildung nicht die Ermittlungsbehörde ist, sondern Ermittlungsergebnisse entgegennimmt. Sie sagte auch, dass in der Abteilung ASD eher die Fälle mit strafunmündigen Kindern landen.

Frau Ranft fragte nach den Zuständigkeiten bei jugendlichen Straftätern.

Herr Fritsch sagte, dass es keinen Automatismus gibt, der dafür sorgt, dass bei mehrfachen Straftätern eine Meldung ans Jugendamt erfolgt.

Frau Ranft fragte, wie der Ablauf ist, wenn Lehrern oder Sozialarbeiten bestimmte Jugendliche als auffällig erweisen.

Herr Fritsch sagte, dass die Abteilung ASD nur im Rahmen eines Notparagrafens eingreifen kann. Er sagte auch, dass das System Schule Krisenordnungen für jugendliche Straftäter entwickelt hat.

Frau Brock-Harder bezog sich auf Seite 5 der Präsentation und fragte, ob die Erziehungsberechtigten nicht in jedem Fall verständigt werden müssen.

Herr Fritsch sagte, dass wenn die Eltern selbst eine Gefahr für das Kind sind, dann kann man die Eltern nicht einbeziehen.

Herr Heym sagte, dass über alle Ausschüsse hinweg klar ist, dass es finanzielle und personelle Probleme gibt, die nicht mit Detailfragen gelöst werden können.

zu 7.3 Frau Brederlow zum Gipfel mit der Thematik "Jugendkriminalität in Halle" am 02.10.2023

Frau Brederlow sagte, dass man sich bei dem Gipfel auf 9-Punkte geeinigt hat und, dass die Maßnahmen bis zum Jahresende befristet sind. Sie sagte, dass ein Folgetreffen im Dezember geben wird, um die nächsten Schritte mit den Ministerien zu vereinbaren. Sie sagte, dass auch Fallkonferenzen dabei eine Rolle spielen werden, dabei wird auch die Frage nach den Dolmetschern geklärt.

Sie sagte, dass eine Clearing-Stelle in der Stadt gebildet wird, als eine Ansprechstelle für Opfer.

Sie berichtete, dass die Polizei die Arbeit nochmal stark verstärkt hat und die Ermittlungsgruppe verfahrenstechnisch anders agieren wird.

Sie fügte hinzu, dass die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Jugendamt, was die strafunmündigen Straftäter angeht, sehr gut läuft.

Sie sagte auch, dass personelle Verstärkung im Bereich Streetwork und im Bereich Integration geplant ist.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Herr Lemberg zur Positionierung der islamischen Gemeinde in Halle zum Überfall der Hamas auf Israel

Herr Lemberg fragte, wie sich die islamische Gemeinde in Halle zum Überfall der Hamas auf Israel positioniert.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.2 Herr Lemberg zum Streamingportal "filmfreund" im Zusammenhang mit der Stadtteilbibliothek

Herr Lemberg sagte, dass die Stadtteilbibliothek bzw. die Stadtverwaltung bei dem Streamingportal "filmfreund" ein Angebot einholen sollte, um die entstehenden Kosten für eine eventuelle Zusammenarbeit benennen zu können. Er fragte, ob dies schon geschehen ist.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Frau Ranft zu der SK Reil

Frau Ranft fragte zum aktuellen Stand der Außenstelle der Sekundarschule Reil.

Frau Brederlow sagte, dass dazu erst einmal ein Beschluss gefasst werden muss, der aktuell in Vorbereitung ist.

zu 8.4 Frau Ranft zum Containerausweichstandort Mötzlicher Straße

Frau Ranft sagte, dass das Konservatorium demnächst den Containerausweichstandort Mötzlicher Straße zwischen nutzen und im Anschluss die Grundschule aus Halle-Neustadt. Sie fragte, ob hier nicht eine Containerverschiebung sinnvoll wäre.

Herr Heinz sagte, dass ein Containertransport sehr kostenintensiv und dementsprechend nicht wirtschaftlich ist.

zu 8.5 Frau Dr. Brock-Harder zur KGS Hutten

Frau Brock-Harder fragte, nach der Kenntnis der Stadtverwaltung über die Deponierung des Toilettenpapiers im Sekretariat, um Vandalismus zu vermeiden.

Frau Brederlow sagte, dass das eine pädagogische Maßnahme der Schule ist und zur Aufsichtspflicht gehört. Sie sagte auch, dass durch die Ausführungen des Schulleiters deutlich wurde, dass schon alle anderen Optionen ausgeschöpft waren.

Herr Heinz sagte, dass die Verwaltung hier keine andere technische Möglichkeit sieht, um das Problem zu lösen.

zu 8.6 Frau Dr. Brock-Harder zum Schulweg im Südpark

Frau Brock-Harder fragte nach der Ersetzung des Pollers auf dem Schulweg der Grundschule im Südpark.

Frau Brederlow sagte, dass sie dazu keinen Kenntnisstand hat.

zu 8.7 Frau Dr. Burkert zum Gipfel mit der Thematik "Jugendkriminalität in Halle"

Frau Dr. Burkert fragte nach der Kommunikation mit den Schulleitern.

Frau Brederlow sagte, dass eine gemeinsame Videokonferenz mit den Schulleitern verabredet ist. Sie sagte auch, dass es regelmäßige Treffen mit den Schulleitern gibt und auch die Möglichkeit besteht Einzelgespräche mit Herrn Hiepe zu führen.

zu 8.8 Frau Schmidt zum Schulabsentismus

Frau Schmidt sagte, dass bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Krankenhauses St. Elisabeth vor Corona regelmäßig durchs Ordnungsamt Jugendliche zugeführt wurden zur Abklärung, warum Schulabsentismus vorliegt.

Sie sagte, dass das während der Pandemie und im Anschluss daran nicht mehr passierte. Sie fragte nach den Hintergründen.

Frau Brederlow sagte, dass das Ordnungsamt im Falle von Schulabsentismus allein keine Jugendliche an die Jugendpsychiatrie übergibt. Sie sagte auch, dass das Ordnungsamt schulpflichtige Kinder und Jugendliche im Normalfall direkt an die Schule übergibt.

Herr Frolow sagte, dass es sein kann, dass das Ordnungsamt Ordnungswidrigkeitsverfahren durchführt. Er sagte außerdem eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.9 Frau Schmidt zur Opferberatung hinsichtlich der Jugendkriminalität

Frau Schmidt fragte nach dem Zeitpunkt der Veröffentlichung von Informationen zur Opferberatung auf der Webseite der Stadt Halle (Saale).

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.10 Herr Heym zur KGS Hutten

Herr Heym sagte, dass durch den Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung, ein vom Schulleiter eindeutiges Konzept gegen Vandalismus in den Toiletten vorhanden ist. Er fragte dazu, ob im Notfall Toilettenpapier im Sekretariat vorhanden ist.

Herr Heinz sagte, dass im Sekretariat immer Toilettenpapier zu erhalten ist.

zu 8.11 Herr Slowig zur KGS Hutten

Herr Slowig sagte, dass Einzeltuchspender eine technische Möglichkeit wären, um dem Vandalismus in den Toiletten entgegenzuwirken.

Herr Heinz sagte, dass er eine Begründung nachreicht.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Schmidt beendete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Claudia Schmidt
Ausschussvorsitzende

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin